



Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 355, 25.06.2010

Schulleistungsvergleich: Reformweg konsequent weitergehen

Inklusion: Bremen mit seinem Schulgesetz in Vorreiterrolle

Grüne hinterfragen Kapazitätsprobleme infolge von Doppeljahrgängen und hoher WiederholerInnen-Quote

Tipps und Links aus dem Internet

Schulleistungsvergleich: Reformweg konsequent weitergehen

Zum schlechten Abschneiden der Bremer Neuntklässler beim bundesweiten Schulleistungsvergleich erklärt Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin der Grünen: „Die Ergebnisse sind überhaupt nicht zufriedenstellend. Aber wir dürfen den Kopf jetzt nicht hängen lassen. Die Weichen für mehr individuelle Förderung sind mit unserer Schulreform gestellt. Verschiedene Maßnahmen wie die Weiterqualifizierung der Lehrkräfte, verpflichtende Sprachtests im Kindergarten, die verbindliche Sprachförderung in den Schulen und die Lesecamps sowie Leseintensivkurse sind richtig. Auf diesem Weg müssen wir weitermachen, um die Ergebnisse perspektivisch zu verbessern. Das braucht Zeit. Insbesondere für Kinder aus bildungsfernen Elternhäusern sind die konsequente Frühförderung und noch mehr individuelle Hilfen erforderlich. Wir müssen das Fundament stärken, damit sich der Lerneifer der Kinder besser entfalten kann. Die Zusammenarbeit von Kitas und Grundschulen muss enger gestaltet werden. Die Qualität vorschulischer Bildung und Erziehung muss deutlich verbessert werden. Die Ausbildung der ErzieherInnen muss den mehrfach gestiegenen Anforderungen angepasst werden. In der Grundschule sollten Deutsch und Englisch zügig ein größeres Gewicht bekommen. Nötig ist auch der weitere Ausbau der

Ganztagsschulen, um mehr Zeit zur Förderung zu haben und der Bildungsbenachteiligung wirksam zu begegnen.“

Die sozialen Probleme im Stadtstaat Bremen sind nach wie vor schwieriger als in anderen Bundesländern. Die vergleichsweise große Anzahl von Kindern mit besonderem Förderbedarf stellen die Bremer Schulen vor große Herausforderungen. „Gerade in sozial benachteiligten Stadtteilen kann die Schule nicht alle Probleme alleine lösen. Pädagogen stoßen an ihre Grenzen, wenn Eltern nicht mitmachen. Die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe ist das Gebot der Stunde. Die Quartiersbildungszentren sind dabei ein wichtiger Baustein“, betont Anja Stahmann.

Inklusion: Bremen mit seinem Schulgesetz in Vorreiterrolle

Anlässlich der Fachtagung der Kultusminister in Bremen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention erklärt der behindertenpolitische Sprecher Horst Frehe: „Behinderte und nicht behinderte SchülerInnen haben in Bremen jetzt das Recht auf gemeinsamen Unterricht. Bremen übernimmt damit bundesweit eine Vorreiterrolle. Menschen mit Behinderungen haben den Anspruch auf volle Teilhabe an der Gesellschaft. Inklusion muss die Regel sein, nicht die Ausnahme. Das Recht auf Inklusion muss in den Schulgesetzen der Länder verankert werden. Bloße Kooperation reicht nicht aus. Seit Jahrzehnten setzen sich Eltern von Kindern mit Behinderungen nachdrücklich dafür ein, dass ihnen die volle Teilhabe am Unterricht der allgemeinen Schule ermöglicht wird. Wir wollen, dass der unwürdige Bettelgang der Eltern um einen Schulplatz im Allgemeinbildenden Schulsystem ein Ende hat.“

Angesichts der Befürchtungen, die mit der Umwandlung zur inklusiven Schule einhergehen, betont die bildungspolitische Sprecherin Anja Stahmann: „Inklusion braucht einen klaren gesetzlichen Auftrag, wie wir ihn ins neue Bremer Schulgesetz geschrieben haben. Sie braucht aber auch die qualifizierte Unterstützung der Schulen, Professionalität der Lehrkräfte und eine gute Elternarbeit. Damit die Umsetzung in Bremen gut gelingt, ist aus unserer Sicht eine Beratungsstelle für Inklusion nötig. Die Schulen brauchen Unterstützung, um sich auf den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern vorzubereiten. Sie benötigen fachliche Beratung und Begleitung. Auch die Eltern müssen bei der Schulwahl und besten Förderung ihrer Kinder unterstützt werden. Beides kann eine Beratungsstelle für Inklusion leisten. Sie sollte aus dem personellen Bestand der Bildungsbehörde möglich sein.“

Grüne hinterfragen Kapazitätsprobleme infolge von Doppeljahrgängen und hoher WiederholerInnen-Quote

Nach den Sommerferien müssen die Oberstufen die ersten Doppeljahrgänge verkraften. Erschwerend kommt jetzt offenbar hinzu: An einigen Oberstufen droht teilweise bis zu 10 Prozent der SchülerInnen, die 10. Klasse wiederholen müssen, sollten sie die Nachprüfungen nicht bestehen. Mögliche Folge: Die angewählten Leistungskurse könnten zu voll werden, so dass nicht alle SchülerInnen diese Kurse an der jeweili-

gen Oberstufe belegen können. Wie dieses Problem gelöst werden soll, hinterfragen die Grünen jetzt. Dazu die bildungspolitische Sprecherin Anja Stahmann: „Wir haben einen zeitnahen Bericht des Ressorts angefordert. Die Schulen und Jugendlichen brauchen Planungssicherheit. Deshalb erkundigen wir uns danach, welche vorsorglichen Lösungsansätze die Behörde für das Problem hat. Die betroffenen ZehntklässlerInnen sollten aus unserer Sicht die Möglichkeit haben, die Kurse an ihrer bisherigen Schule zu wiederholen. Ihnen sollte kein Schulwechsel zugemutet werden.“

Tipps und Links aus dem Internet

Obduktionspflicht für tote Kinder? Pro und Contra

Im aktuellen grün:journal, dem Fraktionsjournal der grünen Bürgerschaftsfraktion, finden Sie unter anderem ein Pro und Contra zum Thema "Obduktionspflicht für tote Kinder?". Mit dem Gesetzesvorhaben hat Bremen eine bundesweite Debatte angestoßen. Vor der Verabschiedung soll nun zunächst eine Anhörung von Befürwortern und Gegnern erfolgen. Auch bei den Grünen gibt es unterschiedliche Positionen hierzu.

Das Pro und Contra finden Sie hier:

http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/dokbin/343/343136.gruenjournal_nr_35_juni_2010_15_mb.pdf

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin
anja.stahmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-234)



Mustafa Öztürk, kinder- und jugendpolitischer Sprecher
mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-249)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend
tobias.erzmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-251)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.